

Rechtsmeldung | Vereinigtes Königreich | Außenwirtschaftsrecht, übergreifend

Vereinigtes Königreich - "Sanctions and Anti Money Laundering Act 2018" verabschiedet

Von Karl Martin Fischer

30.05.2018

(GTAI) Am 24. Mai 2018 hat die britische Königin ein Gesetz gebilligt („Royal Assent“), mit dem sich das Vereinigte Königreich (VK) auf die Zeit nach dem Tag X vorbereitet: den „Sanctions and Anti Money Laundering Act 2018“.

Das Gesetz wird größtenteils nicht sofort in Kraft treten, sondern erst auf gesonderte Rechtsverordnung des Secretary of State. Auf diese Weise bereitet sich die britische Seite auf die Zukunft vor, in der voraussichtlich das europäische Sanktionsregime für das VK nicht mehr gelten wird.

Neben der Regelung internationaler Sanktionen wird das Gesetz Ermächtigungen für die zuständigen Ministerien be-reithalten, die europäische Gesetzgebung zur Geldwäsche mit Wirkung für das VK zu ändern. Hierbei wird davon ausgegangen, dass das europäische Recht durch den „European Union (Withdrawal) Act 2018“ als so genanntes „retained EU law“ in nationales britisches Recht überführt wird.

Zum Thema:

- [Text des Sanctions and Anti Money Laundering Act 2018](#) 
- [Pressemitteilung des britischen Außenministeriums](#) 

Veranstaltungshinweis:

Am 6. Juni 2018 findet um 15.00h ein GTAI-Webinar zum Thema „60 Jahre New Yorker Übereinkommen – Vollstreckung von Schiedssprüchen im Ausland“ statt, zu dem wir Sie herzlich einladen. Die Teilnahme ist kostenfrei. Weitere Informationen sowie eine Anmeldemöglichkeit finden Sie [hier](#).

Mehr zu:

Vereinigtes Königreich
Außenwirtschaftsrecht, übergreifend / Brexit
Recht

VEREINIGTES KÖNIGREICH - "SANCTIONS AND ANTI MONEY LAUNDERING ACT 2018" VERABSCHIEDET

Kontakt

Karl Martin Fischer

Rechtsexperte

 +49 228 24 993 372

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.